

## **Der Untergang Weimars Bürgerliche Mythen und die Realität**

Ein jeder, der in der BRD zur Schule gegangen ist, kennt geläufige Mythen zum Untergang der Weimarer Republik. Diese wurden und werden gestreut, um die BRD historisch zu legitimieren, obwohl diese genauso ein bürgerlicher Staat ist, wie die Weimarer Republik es auch war und mit den Amerikanern kooperierende Altnazis ihren Apparat aufbauten. Letztendlich werden diese Mythen auch gestreut, um mehr demokratische Beteiligung des Volkes als „rechts“ abtun zu können, denn viele Behauptungen drehen sich um den Generalverdacht, dass das deutsche Volk per se rechtsextrem sei, sozusagen „von Natur aus“. Es ist deshalb auch wenig verwunderlich, wenn Ralf Dahrendorf, ein ordoliberaler jahrzehntelanges FDP-Mitglied, 1967 die These aufstellte, dass Nichtbeteiligung an demokratischen Prozessen „nicht nur tragbar, sondern geradezu wünschenswert“ sei<sup>1</sup>.

### **„Weimar ist an einem Mangel an Demokraten gescheitert!“**

Diese Behauptung stammt zumeist von jenen, die die Behauptung vertreten, dass die NSDAP mehrheitlich gewählt worden wäre. Das stimmt aber nicht. Die NSDAP erhielt bei den Reichstagswahlen vom März 1933 43,9% der Stimmen<sup>2</sup>. Sie konnte überhaupt nur deshalb regieren, indem sie eine Koalition mit der DNVP einging<sup>3</sup>. Zusätzlich ist zu bedenken, dass die NSDAP in den Wahlen zuvor an Stimmen verloren hatte<sup>4</sup> und dass die Reichstagswahl vom März 1933 bereits unter Terrorbedingungen stattfand, seitdem die Reichstagsbrandverordnung die Grundrechte faktisch außer Kraft gesetzt hat. Das heißt, dass selbst unter vorgehaltener Waffe das deutsche Volk der NSDAP keine absolute Mehrheit bescherte.

Stattdessen muss man sagen, dass die sogenannte „bürgerliche Mitte“ aufgrund ihrer Kapitalhörigkeit die NSDAP unterstützte, weil diese die Kapitalinteressen vertrat. Das erkennen selbst sozialdemokratische Geschichtsschreiber an. Holger Gorr verwies darauf, dass Hitler am 27. Januar 1932 vor den Großkapitalisten in Düsseldorf signalisiert habe, dass er deren Machtpositionen nicht antasten wolle<sup>5</sup>. Entsprechend dieser Kapitalhörigkeit der NSDAP, wie auch der anderen bürgerlichen Parteien, erhielt die NSDAP eine Zweidrittelmehrheit von allen Parteien der sogenannten „bürgerlichen Mitte“; darunter auch der spätere Bundespräsident Theodor Heuß, der für die liberale Deutsche Staatspartei (vormals: Deutsche Demokratische Partei) im Reichstag saß. Lediglich die SPD stimmte dagegen. Die KPD konnte nicht dagegen stimmen, weil sie aufgrund ihrer Verfolgung durch die Hitlerfaschisten nicht einmal Parlamentssitze zugeteilt bekam. Es lag nicht an einem „Mangel an Demokraten“, sondern daran, dass bürgerliche Parteien die Interessen des Kapitals vertreten, auch wenn dies die Einführung des Faschismus bedeutet.

Aufgrund der Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes gilt die SPD als heroische Partei kurz vor der Etablierung eines faschistischen Ein-Partei-Systems in Deutschland. Was allzu gerne von bürgerlicher Seite verschwiegen wird, ist, dass die SPD am 17. Mai 1933 für die NS-Außenpolitik stimmte<sup>6</sup>. Also war selbst die SPD keine klar antifaschistisch-demokratische Partei. Dies war einzig

---

1 Vgl. Ralf Dahrendorf „Liberale Demokratie“ (1967) In: (Hrsg.) Peter Massing/Gotthard Breit/Hubertus Buchstein „Demokratiethorien – Von der Antike bis zur Gegenwart“, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2011, S. 247.

2 [https://de.wikipedia.org/wiki/Reichstagswahl\\_M%C3%A4rz\\_1933](https://de.wikipedia.org/wiki/Reichstagswahl_M%C3%A4rz_1933)

3 Vgl. Holger Gorr „Verdammte Geduld“, IG Metall Verwaltungsstelle Herborn, Herborn 1997, S. 445.

4 Vgl. Ebenda, S. 441.

5 Vgl. Ebenda, S. 442.

6 [https://de.wikipedia.org/wiki/Friedensrede\\_vom\\_17.\\_Mai\\_1933](https://de.wikipedia.org/wiki/Friedensrede_vom_17._Mai_1933)

und allein die KPD, die von den Nazis vom ersten Tag ihrer Machtübernahme verfolgt worden war. Mit dieser Aktion wurde das Versprechen Scheidemanns wahr: „*Meine Partei wird dafür sorgen, daß Deutschland vom Bolschewismus verschont bleibt.*“<sup>7</sup> Und genau das war das größte Übel der SPD aus der Sicht von Rudolf Breitscheid<sup>8</sup>.

### **„Weimar ist an einer mangelnden 5%-Hürde zugrunde gegangen!“**

Diese Behauptung ist zumeist damit verbunden, dass der Reichstag arbeitsunfähig geworden sei durch die vielen vertretenen Parteien. Das stimmt aber nur teilweise und läuft auf den eingangs zitierten Ausspruch von Ralf Dahrendorf hinaus: Es sei gewünscht, wenn sich Teile des Volkes nicht an demokratischen Prozessen beteiligen. Das ist eine sehr undemokratische Sichtweise, wenn man bedenkt, dass Demokratie aus dem Griechischen übersetzt wörtlich Volksherrschaft bedeutet. Es gibt auch heutzutage Staaten, in denen mehrfach neugewählt wird, weil potenzielle Regierungskonstellationen keine Mehrheiten im Parlament zusammenbekommen. Dennoch zerbrechen daran diese Republiken nicht. Ich sage dies, indem ich die Sache rein bürgerlich betrachte.

Kommen wir nun aber zur eigentlichen Behauptung und ihrer Widerlegung: Letztendlich hätte eine 5%-Hürde bloß die großen Parteien gestärkt, somit letztendlich auch die NSDAP. Die NSDAP bekam im März 1933 keine absolute Mehrheit an Sitzen im Reichstag genau weil es keine 5%-Hürde gab. Bei einer 5%-Hürde hätten kleine „Pufferparteien“, zu denen die Deutsche Volkspartei und die Deutsche Demokratische Partei (damals umbenannt zu: Deutsche Staatspartei) zählten, mit ihren jeweils 1% der Gesamtstimmen den Einzug nicht geschafft. Die NSDAP erhielt am meisten Stimmen, hätte somit mit nicht einmal 44% der Stimmen eine absolute Mehrheit im Reichstag erhalten. Wer auf die oben genannte Weise gegen den Hitlerfaschismus argumentiert, der argumentiert also faktisch für ihn.

Letztendlich hätte die Zentralisierung des Parteienspektrums durch die politische Ausschaltung kleiner Parteien erst recht zum Faschismus geführt.

### **„Weimar wurde von rechts und links in die Mangel genommen!“**

Man kann natürlich versuchen mit bloßen Analogien zu arbeiten, wie zum Beispiel „Die NSDAP war eine Partei, die KPD auch; die SA war das Paramilitär, der Rote Frontkämpferbund auch.“, so wie der Hitlerfaschismus allzu gerne mit der DDR auch durch Analogien gleichgesetzt wird. Aber Analogien sind keine Analyse und lassen beispielsweise aus, dass auch die SPD eine Partei mit Paramilitär war. Ihres hieß Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Natürlich gab es bei den Märzkämpfen 1921 und dem Hamburger Aufstand im Oktober 1923 Versuche eines revolutionären Umsturzes durch die KPD. Wenn man aber bedenkt, dass die Weimarer Republik letztendlich auf den Leichen von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gegründet worden ist, die aufständischen Arbeiter und Soldaten zur Jahreswende 1918/1919 mehr forderten, als eine bloße bürgerliche Republik, wird der historische Kontext dafür ersichtlich. Die Weimarer Republik war ein Staat der bürgerlichen Restauration. Selbst Philipp Scheidemann, der Ausrufer der Weimarer Republik, schrieb, dass er damals die Rufe vernahm: „*Republik? Das ist nicht viel. Sozialismus ist das Ziel.*“<sup>9</sup> Scheidemann war sich also durchaus bewusst, als Reaktionär gehandelt zu haben, wenn er es auch nicht wortwörtlich zugibt.

---

<sup>7</sup> Philipp Scheidemann „Das historische Versagen der SPD“, zu Klampen Verlag, Lüneburg 2002, S. 104.

<sup>8</sup> Siehe: „Fluch und Segen des Reichstagsbrandes“ (Februar/März 1936) In: Rudolf Breitscheid „Antifaschistische Beiträge 1933 – 1939“, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main 1977, S. 87.

Die NSDAP beging im November 1923 ihren Marsch auf die Feldherrnhalle in München. Das war ihr einziger und zugleich ein dilettantischer Versuch eines Staatsstreiches. Abgesehen davon fiel die Bestrafung für die Putschisten damals sehr niedrig aus. Eine Analogie zur revolutionär-sozialistischen Tätigkeit der KPD ist unangebracht. Die NSDAP vertrat ganz andere Ziele. Adolf Hitler sagte am 27. Januar 1932 vor dem Industrie-Club in Düsseldorf: „*Der Bolschewismus wird, wenn sein Weg nicht unterbrochen wird, die Welt genau so einer vollständigen Umwandlung aussetzen wie einst das Christentum.*“<sup>10</sup> Hitler war Antikommunist und Antichrist zugleich. Abgesehen davon bekannte sich Hitler in dieser Rede offen zu kapitalistischen Zielen. Das zeigte, dass das NSDAP-Parteiprogramm von 1920<sup>11</sup> in der Praxis gar nicht vertreten worden ist. Deshalb ist der Vorwurf von Scheidemann „*Die Kommunisten haben sich Hitler geradezu herbeigesehnt.*“<sup>12</sup> lächerlich.

Man kann der KPD nicht ernsthaft vorwerfen wollen, am Untergang der Weimarer Republik schuld zu sein. Natürlich lehnte die KPD die Weimarer Republik als bürgerlichen Staat ab, und dennoch beteiligte sie sich am Widerstand gegen deren Beseitigung durch den Faschismus. So beteiligte sie sich 1920 gemeinsam mit USPD und den Basis-Mitgliedern der SPD gegen den Kapp-Putsch. Der Parteivorstand der SPD billigte nicht offiziell die SPD-Beteiligung gegen den Putsch. Scheidemann erwähnte, dass die geeinte Arbeiterklasse den Kapp-Putsch niedergedrungen hatte, ohne die KPD dabei zu erwähnen<sup>13</sup>. Während des Preußenschlags am 20. Juli 1932, bei dem die SPD-Regierung in Preußen durch Hindenburg für abgesetzt erklärt wurde, bot die KPD der SPD ihre Hilfe an, um dagegen zu streiken. Die SPD lehnte ab. Scheidemann sah es im Nachhinein als Fehler, dass die SPD gegen diese Absetzung nichts unternahm, obwohl sie das Reichsbanner, die Eiserne Front und treue Leute in der Schutzpolizei hinter sich hatte<sup>14</sup>. Er erwähnte auch hier die KPD und ihr Angebot nicht. Aber dennoch zeigt dies: Das Potenzial wäre dagewesen, um diesen Staatsstreich in Preußen zurückzuschlagen. Die KPD war bereit dazu, die formale Demokratie der Weimarer Republik zu verteidigen, die SPD nicht. Diese Selbstaufgabe der SPD ging noch weiter. Als Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt worden ist, bot die KPD der SPD an, dagegen in den Generalstreik zu treten. Holger Gorr zufolge lehnte die SPD dies ab, weil sie fürchtete, den Kommunisten damit zu nützen<sup>15</sup>. Das bedeutet letztendlich, dass der Faschismus billigend in Kauf genommen worden ist durch die SPD-Führung, nur um unter keinen Umständen einen möglichen Kampf für den Sozialismus zu begünstigen. Scheidemann resümierte im Exil, dass die Weimarer Republik an der Zersplitterung der deutschen Arbeiterklasse zugrunde gegangen sei und sah Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschaften dafür gleichermaßen in der Schuld<sup>16</sup>. Die Schlussfolgerung, dass die Zersplitterung der Arbeiterklasse das Kernproblem war, erkannte auch die KPD, dass aber alle Teile der Arbeiterbewegung die gleiche Schuld treffen würde, ist nicht korrekt. Scheidemann tut so, als hätte es keine vorherigen Warnungen gegeben vor dem, was kam. Die KPD wusste nämlich schon mindestens ein Jahr vor der Machtübernahme der Nazis, worauf die Entwicklung zuläuft.

---

9 Zit. nach: Philipp Scheidemann „Das historische Versagen der SPD“, zu Klampen Verlag, Lüneburg 2002, S. 77.

10 <http://www.tenumbergreinhard.de/taeter-und-mitlaeufer/dokumente-hitler-adolf/rede-hitlers-vor-dem-industrie-club-in-duesseldorf.html>

11 <http://www.documentarchiv.de/wr/1920/nsdap-programm.html>

12 Philipp Scheidemann „Das historische Versagen der SPD“, zu Klampen Verlag, Lüneburg 2002, S. 30.

13 Siehe: Ebenda, S. 143/144.

14 Vgl. Ebenda, S. 85.

15 Vgl. Holger Gorr „Verdammte Geduld“, IG Metall Verwaltungsstelle Herborn, Herborn 1997, S. 449.

16 Vgl. Philipp Scheidemann „Das historische Versagen der SPD“, zu Klampen Verlag, Lüneburg 2002, S. 160.

In der Roten Fahne vom 12. März 1932 warnte die KPD in einer Karikatur: „*Wer Hindenburg wählt, hilft Hitler!*“ Diese Karikatur zeigte außerdem, dass die SPD die Kandidatur Hindenburgs als Reichspräsident unterstützte<sup>17</sup>. Wie die Geschichte zeigen sollte, bewahrheitete sich die Voraussage der KPD als richtig; die SPD begünstigte den Faschismus durch ihre opportunistische Politik der sogenannten „bürgerlichen Mitte“ gegenüber. Und nicht nur damit. Klement Gottwald lieferte im April 1933 eine Art „Sündenregister der SPD“ im Überblick: „*Im Jahre 1921 wurde der mitteldeutsche Aufstand niedergeschlagen, im Jahre 1923 ließ der sozialdemokratische Reichspräsident Ebert die sozialistisch-kommunistische Regierungen in Sachsen und Thüringen auseinanderjagen und den Aufstand in Hamburg unterdrücken. Am 1. Mai 1929 ließ der sozialdemokratische Polizeipräsident Zörgiebel auf die Berliner Arbeiter schießen und noch im Juni 1932 richtete die sozialdemokratisch geführte Polizei unter den Arbeitern von Altona, die gegen Hakenkreuzlerprovokationen demonstrierten, ein Blutbad an. [...] Die deutsche Sozialdemokratie hat durch ihre gesamte Politik während der letzten 15 Jahre der heutigen faschistischen Diktatur Hitlers den Weg geebnet.*“<sup>18</sup> Die SPD war massiv daran beteiligt, nach links zu schlagen und nach rechts zu kuschen.

Trotz all dieser Fakten behauptete Scheidemann in einem Brief aus dem Exil vom 25. Oktober 1934: „*Ich sehe in den Kommunisten die Hauptschuldigen an dem Unglück, das in Deutschland über uns gekommen ist.*“<sup>19</sup> Er behauptete auch: „*Niemand hat in Deutschland eine wirklich revolutionären Entwicklung mehr geschadet, als die Kommunisten mit ihrem blöden Geschrei, das sie schon für revolutionäre Tätigkeit hielten.*“<sup>20</sup> Allein am Niveau der Äußerung kann man erkennen, wie primitiv die Weltanschauungen rechter Sozialdemokraten war und ist. Mit keinem Wort geht Scheidemann auf die Niederschlagung revolutionärer Aktionen durch Order der SPD ein. Seine 2002 erstmals veröffentlichten privaten Notizen sind deutlich ehrlicher als die offizielle Geschichtsschreibung der SPD, aber ganz klar rechts-sozialdemokratisch verklärt.

Scheidemann vertrat auch den Mythos, dass die KPD „ihre Befehle aus Moskau“ erhalten hätte<sup>21</sup>, was nicht richtig ist. Vor allem, da Walter Ulbricht einen guten Draht zu Dimitroff und zum Exekutivkomitee der Komintern (EKKI) hatte, könnte man eher einen Einfluss der KPD-Führung auf die Komintern unterstellen. Diese Behauptung, die Scheidemann vertrat, ist ein Selbstläufer, der sich bis heute fortsetzt – in den absurdesten Formen. So zum Beispiel, wenn die CDU den Abriss des Thälmann-Denkmal in Berlin fordert mit dem Verweis auf Putin<sup>22</sup>. Ebenfalls zum Selbstläufer sind Unterstellungen geworden, dass die KPD mit der NSDAP kooperiert hätte.

Der BVG-Streik in Berlin im September 1932 wird gerne als angebliche „Zusammenarbeit zwischen KPD und NSDAP“ beschworen. Der Hintergrund dafür war, dass die Führung des ADGB (das war der SPD-nahe Gewerkschaftsverband und Vorläufer des heutigen DGB) eine Lohnsenkung von 2 Pfennig pro Arbeitsstunde akzeptierte, aber drei Viertel der Gewerkschaftsmitglieder der Bahngewerkschaft des ADGB sich in einer Urabstimmung für einen Streik aussprachen. Diese Situation nutzte der KPD-nahe Gewerkschaftsbund RGO, um zum Streik aufzurufen. An diesem

---

17 [https://dfg-viewer.de/show?tx\\_dlf%5Bdouble%5D=0&tx\\_dlf%5Bid%5D=https%3A%2F%2Fcontent.staatsbibliothek-berlin.de%2Fzefys%2FSNP24352111-19320312-0-0-0-0.xml&tx\\_dlf%5Bpage%5D=2&cHash=072fe19b9d08df64cbfab036277e9556](https://dfg-viewer.de/show?tx_dlf%5Bdouble%5D=0&tx_dlf%5Bid%5D=https%3A%2F%2Fcontent.staatsbibliothek-berlin.de%2Fzefys%2FSNP24352111-19320312-0-0-0-0.xml&tx_dlf%5Bpage%5D=2&cHash=072fe19b9d08df64cbfab036277e9556)

18 „Nicht Faschismus, auch nicht Demokratie der Reichen, sondern die Herrschaft der Arbeiter und Bauern, die Sowjetdemokratie“ (27. April 1933) In: Klement Gottwald „Ausgewählte Reden und Aufsätze“, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 134/135.

19 Philipp Scheidemann „Das historische Versagen der SPD“, zu Klampen Verlag, Lüneburg 2002, S. 219.

20 Ebenda, S. 157.

21 Vgl. Ebenda, S. 82.

22 <https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article235124591/Thaelmann-Kopf-soll-weg-Putin-keinen-Spielraum-geben.html>

beteiligten sich auch die ADGB-Mitglieder. Die NSDAP rief damals zum einzigen Mal in der Geschichte mit zum Streik auf mit ihren NS-Betriebszellen. Aus diesem Grund wird dieser Streik als ein Beispiel für den Mythos „rot gleich braun“ beschworen. Aber selbst der sozialdemokratische Historiker Holger Gorr merkt zum BVG-Streik an, dass die NSDAP nur zum Streik aufrief, um nicht noch mehr Anhänger in der Arbeiterschaft zu verlieren<sup>23</sup>. Auf die Weise, wie Gorr seine Bemerkung formuliert, spielt er unmissverständlich auf ein Gespräch zwischen Adolf Hitler und Paul von Hindenburg an, das am 19. November 1932 stattfand. Hindenburg fragte Hitler, wieso die NSDAP sich am BVG-Streik beteiligte. Hitler antwortete: *„Die Leute sind sehr erbittert. Wenn ich meine Leute von der Beteiligung abgehalten hätte, hätte der Streik doch stattgefunden, aber ich hätte meine Anhänger in der Arbeiterschaft verloren; das wäre auch kein Vorteil für Deutschland.“*<sup>24</sup> Es ist offensichtlich, dass die NSDAP nur aus opportunistischen Gründen an diesem einen Streik teilnahm.

Ebenfalls aus opportunistischen Gründen beging ein halbes Jahr später der ADGB die größtmögliche Schandtat aus Sicht der deutschen Arbeiterklasse: Er ließ am 1. Mai 1933 zusammen mit den Nazis aufmarschieren<sup>25</sup>. Einen Tag später ließ das Naziregime die Gewerkschaften zerschlagen. Holger Gorr sah den Grund darin in einer „tragischen Fehleinschätzung“ durch den ADGB, dass dieser glaubte, sich in den Faschismus integrieren zu können unter einer ähnlichen Politik wie zur Bismarckzeit<sup>26</sup>. Gorr spricht die ADGB-Führung damit davon frei, mit dem Faschismus bewusst geliebäugelt zu haben, obwohl dies auf der Hand liegen würde.

Anbetracht dieser Umstände ist es wenig verwunderlich, wenn sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionäre, die sich willig in den Faschismus integrieren wollten, nach 1945 in Ostdeutschland politisch kaltgestellt worden sind. Walter Ulbricht sagte im November 1945: *„Vor allen Dingen dürfen nicht solche früheren Gewerkschaftsfunktionäre, die zur Teilnahme an der Nazidemonstration am 1. Mai 1933 aufgerufen haben und für die Eingliederung der freien Gewerkschaften in den faschistischen Staatsapparat waren oder nach dem 1. Mai 1933 bei der Übergabe des Gewerkschaftsvermögens mitgeholfen haben, in die Gewerkschaftsleitungen gewählt werden.“*<sup>27</sup> Man kann also nicht sagen, dass in Ostdeutschland willkürlich Sozialdemokraten geschasst worden sind, wenn man das historische Vorspiel vor dem Jahre 1945 betrachtet. Anders als es in der BRD jahrelang vertreten worden ist, war das Jahr 1945 kein „Jahr Null“.

Zusammengefasst muss man also sagen, dass die Weimarer Republik von rechts zerdrückt worden ist, während die Sozialdemokratie nichts dagegen unternahm und die KPD alleine bereit zum Kampf dastand.

### **„Der Versailler Vertrag verursachte Revanchismus, der zum Untergang führte!“**

Die Schulden des Versailler Vertrags waren erdrückend. Dennoch waren sie nicht die Hauptursache des Untergangs der Weimarer Republik. Die Wirtschaftskrise der Großen Depression erst verursachte eine katastrophale Lage, die zum Niedergang des Glaubens in die sozialdemokratische Demagogie von der „Wirtschaftsdemokratie“ führte. Dennoch bedeutete dieses Misstrauen

---

23 Vgl. Holger Gorr „Verdammte Geduld“, IG Metall Verwaltungsstelle Herborn, Herborn 1997, S. 302.

24 [https://www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919-1933/01a/vpa/vpa2p/kap1\\_1/para2\\_93.html](https://www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919-1933/01a/vpa/vpa2p/kap1_1/para2_93.html)

25 Siehe: Holger Gorr „Verdammte Geduld“, IG Metall Verwaltungsstelle Herborn, Herborn 1997, S. 451.

26 Vgl. Ebenda, S. 449.

27 „Die Gewerkschaftswahlen und die Aufgaben der Gewerkschaftsmitglieder beim demokratischen Wirtschaftsaufbau“ (19. November 1945) In: Walter Ulbricht „Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Bd. II Zusatzband, Dietz Verlag, Berlin 1966, S. 289.

keineswegs, dass eine Welle des Revanchismus zu einer Mehrheitsbildung für die Hitlerfaschisten geführt hätte. Das zeigt sich darin:

Die NSDAP erhielt im Juli 1932 bei den Reichstagswahlen 37,3% der Stimmen<sup>28</sup>, bei den Reichstagswahlen im November 1932 aber nur noch 33,1%<sup>29</sup>. Trotz der Krise und trotz des Versailler Vertrags bekam die NSDAP nicht gerade massiven Zulauf, im Gegenteil, sie begann auf der Höhe der Wirtschaftskrise sogar an Massenbasis zu verlieren. Der Versailler Vertrag und der darauf folgende Revanchismus hatte durchaus eine Rolle dabei gespielt, wieso rechtsextreme Parteien wie die NSDAP eine Massenbasis erhalten konnten. Diese alleine reichte aber nicht aus, um die Weimarer Republik zu beseitigen.

### **„Weimar ist an mangelndem Föderalismus zugrunde gegangen!“**

Diese Behauptung stimmt alleine schon dadurch nicht, dass das Deutsche Reich, als Kaiserreich sowie als Republik, gleichermaßen föderalistisch geordnet war. Die Fürstentümer und Königreiche in Deutschland unter dem Kaiser besaßen gewisse interne Autonomie. Die Weimarer Republik schaffte diese nicht ab, sondern behielt sie bei, und verwandelte sie lediglich in Republiken. Selbst kleinste Bundesstaaten wie der Freistaat Waldeck hatten Bestand in der Weimarer Republik. Waldeck ist heute, wohlgemerkt, nicht einmal mehr ein eigenständiger Landkreis, aufgrund der geringen Größe und Einwohnerzahl. Es gab einen Reichsrat, der dem heutigen Bundesrat der Funktion nach ähnlich ist. Der Föderalismus hatte dem Faschismus nichts entgegenzusetzen und den bürokratischen Föderalismus in der BRD mit dem Hitlerfaschismus rechtfertigen zu wollen, ist deshalb lächerlich.

### **„Weimar ist an mangelnden Gesetzen zum Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung gescheitert!“**

Es wird behauptet, dass die Weimarer Republik an einem Mangel an Gesetzen zum Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung gescheitert sei. Allein der Artikel 48, der dem Reichspräsidenten Diktaturvollmachten gab, zeigt die Probleme der Weimarer Verfassung ganz offensichtlich. Dieser Artikel wurde nicht erst durch Hindenburg unter Dauernutzung genommen, sondern schon bereits unter dem sozialdemokratischen Reichspräsidenten Friedrich Ebert mehrfach benutzt. Der „Schutz“ der Verfassung bestand in der Weimarer Republik daraus, sie außer Kraft zu setzen. Das war aber von Anfang an so eingeplant.

Das Grundgesetz der BRD hat angeblich die Lehren aus der Weimarer Republik gezogen. Artikel 20, Absatz 4 gewährt ein formelles Widerstandsrecht, falls die Ordnung der BRD beseitigt werden sollte und andere Abhilfe nicht möglich ist. Darin liegt aber das Problem, dass, sollte eine Regierung die BRD abschaffen, so wie die Nazis die Weimarer Republik de facto durch das Dritte Reich ersetzt haben, dann ist dieser Artikel bestenfalls eine moralische Legitimation für Rechtsgläubige, schlimmstenfalls ein toter Artikel, weil die Regierung letztendlich festlegt, was legitimer Widerstand ist und was nicht. Man kann eine Staatsordnung nicht durch tote Paragraphen verteidigen, sondern nur durch lebendige Menschen. Das verstehen aber viele Deutsche in ihrem bürokratischen Papierschluss nicht.

Dieser Artikel stammt aus einer Zeit, wo ein Bürgerkrieg zwischen BRD und DDR möglich war – zwischen Kapitalismus und Sozialismus. So wie dieser Artikel formuliert ist, macht er eher den Anschein, dass man die BRD-Staatsbürger dazu aufrufen wollte, Partisanenverbände zu begründen für den Fall, dass die BRD die Kontrolle über ihr Staatsgebiet verliert. Die Regierung der BRD hätte dann über die Medien zum Widerstand aufgerufen. Das würde mehr Sinn machen, als ihn so

---

28 [https://de.wikipedia.org/wiki/Reichstagswahl\\_Juli\\_1932](https://de.wikipedia.org/wiki/Reichstagswahl_Juli_1932)

29 [https://de.wikipedia.org/wiki/Reichstagswahl\\_November\\_1932](https://de.wikipedia.org/wiki/Reichstagswahl_November_1932)

zu interpretieren, dass vom politisch entmündigten Volk der BRD selbst eine Aktion ausgehen sollte. Das ist nämlich nirgends im Grundgesetz vorgesehen, abgesehen vom Wahlakt selbst. Nicht einmal die Abgeordneten, die man wählt, sind ihren Wählern gegenüber verpflichtet, sondern nur ihrem Gewissen; das besagt Artikel 38, Absatz 1 des Grundgesetzes. Die BRD behauptete in den 50er Jahren lauthals: „Bonn ist nicht Weimar!“ Zu einem gewissen Grad stimmt das auch. Die BRD ist noch undemokratischer als Weimar.

Es gibt aber eine These zur Weimarer Republik, die aber zu einem gewissen Grad ihre Berechtigung hat:

### **„Weimar ist am Rechtsextremismus im Apparat gescheitert!“**

Die Weimarer Republik übernahm den Apparat des Kaiserreiches mit Haut und Haar. Die Beamten blieben dieselben, das Militär auch, abgesehen von der Reduktion des Heeres auf 100.000 Soldaten aufgrund des Versailler Vertrages. Diese ehemaligen Soldaten bildeten oftmals nationalkonservative bis hin zu offen faschistischen Paramilitärs – oder gar Terrororganisationen, wie die Organisation Consul – die aus den Freikorps hervorgingen. Diese zeigten im März 1920 während des Kapp-Putsches, dass sie der Weimarer Republik feindlich gegenüberstanden. Der an diesem Putsch beteiligte Ludendorff nahm drei Jahre später auch noch am Hitlerputsch teil. Daran kann man ersehen, dass die Militärs der Kaiserzeit sich nicht mit einer Republik abfanden. Bei den Staatsbeamten dasselbe Problem: Die Beamten machten bekanntlich einen bedeutenden Anteil an der Massenbasis der NSDAP aus. Der Weimarer Staat war also von Anfang an vom Apparat her durchseucht.

Scheidemann kritisierte an Ebert und Noske: *„Ohne die Militärfrömmigkeit Eberts und die Gutgläubigkeit Noskes hätte die junge Republik den Kapp-Putsch gar nicht erlebt.“*<sup>30</sup> In diesem Satz sind Wahrheit und Lüge wie feindliche Zwillingsgeschwister ineinander verwoben. Wahr ist daran, dass, wenn man den Militärs und Beamten nicht vertraut hätte, sie aus dem Apparat gesäubert hätte, solchen Putschen wie dem Kapp-Putsch den Boden entzogen hätte. Andererseits verschweigt Scheidemann, dass Ebert und Noske die Freikorps freigiebig nutzten, um sozialistische Revolutionäre ermorden zu lassen, unter ihnen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Die SPD-Regierung selbst war auf diese rechtsextremen, faschistischen Truppen angewiesen, damit die Weimarer Republik überhaupt gegründet werden konnte. Letztendlich war die Weimarer Republik eine Republik der antisozialistischen Reaktion, kein revolutionärer Staat. Entsprechend war dieser Staat reaktionär vermodert bis in Mark und Gebein.

Es gibt sicherlich noch weitere Thesen zur Weimarer Republik, aber die angeführten dürften die geläufigsten sein. Wie man unschwer erkennen kann, sind fast sämtliche hier angeführten geläufigen Thesen über die Weimarer Republik historisch unhaltbar.

---

30 Philipp Scheidemann „Das historische Versagen der SPD“, zu Klampen Verlag, Lüneburg 2002, S. 141.